1. *Die Gründung der Parteien 1945*

1.1. *Politische Rahmenbedingungen*

Nach dem Motto Stalins: „Jeder führt sein System ein, soweit seine Armee vordringt“[2] etablierte die Sowjetunion am Ende des Zweiten Weltkrieges bei einer offensiven, auf Machtzuwachs orientierten Grundhaltung in fast allen von ihrer Armee besetzten Territorien nahezu zeitgleich und bei weitreichender Identität der Transformations-Konzepte Systeme kommunistischer Alleinherrschaft.[3] Die Vorarbeiten dazu hatten seit 1944 die Führer der kommunistischen Parteien in der Moskauer Emigration ausgearbeitet.[4] Die Konzepte wurden nun, soweit nötig, den jeweiligen nationalen Besonderheiten angepaßt. Im besiegten Deutschland favorisierte die sowjetische Führung die Option eines deutschen Einheitsstaates „nach dem Muster der am 7. Oktober 1949 gegründeten, in ihren Fundamenten jedoch schon viel früher angelegten DDR“[5]. Dabei durchlief ihre Politik Phasen, die durch eine unterschiedliche Gewichtung verschiedener Optionen gekennzeichnet waren.[6] Die Entwicklung der Parteien verdeutlichte neben anderen Faktoren die durchgängig favorisierte Option der Konsolidierung des sowjetischen Herrschaftsbereiches durch die UdSSR.[7] Diese fand Ausdruck in der Gründung der SED und der kontinuierlichen Umgestaltung der CDU und LDP zu Instrumenten kommunistischer Machtpolitik. Dabei waren Maßnahmen wie die Absetzung von Parteivorsitzenden und anderen führenden Politikern sowie direkte Anordnungen über den politischen Kurs der Parteien an der Tagesordnung. Ständig und systematisch, auf allen Ebenen und in allen Bereichen, wurde die Arbeit aller Parteien unmittelbar beeinflußt.[8]

Kleinstes zu erreichendes Ziel war stets die Arrondierung des besetzten Territoriums und die Transformation der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen gemäß der sowjetischen Ideologie und Interessenlage. Die Rücksicht auf die westlichen Alliierten hielt die kommunistische Besatzungsmacht davon ab, unmittelbar an die Errichtung einer kommunistischen Diktatur zu gehen. Das angestrebte Ziel, Einfluß auf ganz Deutschland zu gewinnen, schuf in der SBZ und im Ostsektor Berlins für wenige Jahre demokratische Möglichkeiten, die allerdings von vornherein stark eingeschränkt waren und immer weiter reduziert wurden. Alle wichtigen politischen Entscheidungen in der SBZ wurden allein von der Besatzungsmacht getroffen.

2 DJILAS: Der Krieg der Partisanen S. 558.
3 Vgl. STARITZ: Sozialismus S. 136. Vgl. WEBER, Hermann: Einheitsfrontpolitik S. 15 f.
4 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 83–119.
5 FISCHER, Alexander: Die Sowjetunion S. 57.
6 Vgl. PFEILER: Deutschlandpolitische Optionen S. 36–41.
7 Vgl. FOITZIK: Sowjetische Militäradministration S. 47. Vgl. BUTTLAR: Ziele und Zielkonflikte. Vgl. LAUFER: Konfrontation S. 58 f.
8 Vgl. CREUZBERGER: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland S. 25–31.

Die Parteien hatten nur im Rahmen der Besatzungsdiktatur Spielräume und Funktionen.

Seit dem offenen Ausbruch der sich bereits seit Ende 1945 anbahnenden Ost-West-Spannungen[9] im Jahr 1947 nahm die Sowjetunion kaum noch Rücksicht auf ihre früheren Kriegspartner. Ab 1948 bestimmte die bei der Gründung des Kominform im September 1947 offiziell propagierte „Zwei-Lager-Theorie“ die Deutschlandpolitik der UdSSR. Von nun an ließ die sowjetische Führung keinen Zweifel mehr an ihrem vorrangigen Willen, die Besatzungsherrschaft in der SBZ und im Ostsektor von Berlin durch eine deutsche Vasallendiktatur zu ersetzen. Nur der Wunsch der sowjetischen Führung, sich gesamtdeutsche Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten, verhinderte, daß die demokratischen Parteien völlig von der Bildfläche verschwanden. In veränderter Form dienten sie fortan als Transmissionsparteien kommunistischer Politik.

1.2. *Befehl Nr. 2 der SMAD und die Gründung der Parteien*

Bereits einen Tag nach der Konstituierung der SMAD wurde mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD die Gründung von Parteien erlaubt. Zu diesem überraschend frühen Zeitpunkt, zu dem die Armeen der westlichen Alliierten noch nicht einmal in Berlin eingezogen waren, gab die SMAD das Startzeichen für die Wiederbelebung der deutschen Parteienlandschaft. Mit der frühen Zulassung von „Reichsparteien“ versuchte die sowjetische Führung, sämtliche politische Aktivitäten durch parteipolitische Kanalisierung zu kontrollieren, die Etablierung eines gesamtdeutschen Parteiensystems präjudizierend zu beeinflussen[10] und die angestrebte Umstrukturierung ihrer Zone durch deutsche Vertreter legitimieren zu lassen. Wegen der Rücksichtnahme auf die westlichen Alliierten knüpfte die sowjetische Führung dabei zunächst nur bedingt an Vorüberlegungen der Moskauer Arbeitskommission der KPD an, in denen diese eine von Beginn an herausgehobene Position der KPD gefordert hatte.[11]

Durch den Befehl Nr. 2 wurden der Charakter und die Wirkungsmöglichkeiten der Parteien festgelegt. Zugelassen wurden nur „anti-faschistisch-demokratische“ Parteien, die sich bereit erklärten, in einem Parteienblock mitzuarbeiten. Sie standen unter der Kontrolle der Besatzungsmacht und durften nur „entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen“[12] tätig werden. Die führenden Parteimitglieder mußten sich bei den örtlichen Militärkommandanten registrieren lassen und erklären, nach den Anweisungen der Besatzungsmacht zu arbeiten.[13] Damit waren die Parteien in allen personellen,

9 Vgl. HEYDEMANN: Ein deutsches Sowjetrußland? S. 17 f.
10 Anderer Meinung ist STARITZ: Parteien für ganz Deutschland S. 247.
11 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 267.
12 Befehl Nr. 2 der SMAD. In: „Tägliche Rundschau“ vom 10. Juni 1945.
13 Vgl. CREUZBERGER: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland S. 25.

organisatorischen, programmatischen und politischen Entscheidungen an die Zustimmung der SMAD gebunden. In dieser Verpflichtung der Parteien auf die Anweisungen einer der vier alliierten Besatzungsmächte lag ein wesentliches Hindernis für ihre angestrebte reichsweite Wirkung. Noch vor der Potsdamer Konferenz war damit, neben anderen Entscheidungen, ein erster Schritt zur Unterminierung der alliierten Zusammenarbeit und zur politischen Spaltung Deutschland getan.

Der frühe Zeitpunkt und die Modalitäten der Zulassung beeinflußten die Bildung der Parteien erheblich. Sie wurden sofort für die gesamte SBZ und Berlin lizenziert und bildeten schnell durchorganisierte Verbände. Nach sowjetischem Verständnis war es klar, daß alle Parteien durch bekannte Autoritäten „von oben“ gegründet wurden. Angeregt durch die sowjetische Vorgabe gingen auch alle Gründerkreise davon aus, daß die Neugestaltung der Parteienlandschaft von Berlin aus vor sich gehen würde. Die Gründungen erfolgten im Selbstbewußtsein der Initiatoren als Spitzenverbände für ganz Deutschland. Abweichend von dieser zentralistisch-hierarchischen Auffassung bildeten sich die Parteien in den westlichen Zonen, unterstützt durch die dortige Zulassungspraxis, jedoch eher „basisdemokratisch“[14] und stellten den Berliner Führungsanspruch häufig in Frage.

Die Vorgaben der Besatzungsmacht waren für die politischen Bestrebungen und Zukunftsvorstellungen der beteiligten Gruppen von entscheidender Bedeutung.[15] Allerdings beharrten die sowjetischen und deutschen Kommunisten nicht unbedingt auf allen Details ihrer Vorüberlegungen. Ende 1944 war die KPD-Führung noch davon ausgegangen, daß nach Kriegsende die Parteien der Weimarer Republik wiederhergestellt würden.[16] Anstelle des Zentrums entstand nach 1945 jedoch die überkonfessionelle CDU. Trotz dieser Abweichung war der Einfluß der SMAD auf Art und Auswahl der Parteien markant. So war auch die Reduzierung der Zahl auf insgesamt vier überschaubare Parteien auf sowjetische Initiative zurückzuführen. Die neugegründete Köthener CSU z. B. oder die „Demokratische Partei“ in Leipzig mußten sich einer der Berliner „Reichsparteien“ anschließen.[17]

Die vier Parteien fanden in der SBZ und in Berlin großen Zuspruch. Ihre Mitglieder hofften auf einen gesellschaftlichen Neubeginn. Zum Zeitpunkt der SED-Gründung zählte die KPD knapp 620 000 Mitglieder (1932 im SBZ-Gebiet: ca. 100 000). Damit hatte sie in der Mitgliederstärke fast die SPD erreicht (680 000. 1932: ca. 580 000). Auch die bürgerlichen

14 STARITZ: Parteien für ganz Deutschland S. 247.

15 Nach Meinung von GURLAND: Die CDU/CSU S. 14 waren die politischen Konzepte sogar weniger ausschlaggebend als der Wille der SMAD. Für die CDU stellt FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 265 fest, daß die SMAD in die eigentlichen Debatten bei der Parteigründung nicht mehr eingriff.

16 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 266.

17 Vgl. SCHAPER: Jahre der Entscheidung S. 12. Vgl. MATTEDI: Gründung und Entwicklung S. 38 f.

Parteien gewannen bis Ende 1947 (CDU: 218 000 und LDP: 188 000) zahlreiche Mitglieder. Während bei einem Eintritt in die KPD/SED oft Karriereüberlegungen eine Rolle spielten, profitierten CDU und LDP zunächst von der Furcht vor einer neuen Diktatur.[18]

KPD: Der sowjetischen Führung war klar, daß die KPD im besiegten Nachkriegsdeutschland eine maßgebliche Rolle spielen würde.[19] Die Situation für die KPD-Führung war günstig. Mit den Moskauer Emigranten verfügte sie über eine große Zahl ausgebildeter Partei-Kader, sie genoß die volle Unterstützung der Besatzungsmacht, verfügte über ausreichende materielle Mittel und war in der Lage, durch die Hilfe des sowjetischen Militärs weiträumig zu operieren.

Ende April 1945 erließ das Politbüro des ZK der KPD in Moskau Richtlinien für die Arbeit in den von der Roten Armee besetzten Gebieten. Mit der sowjetischen Armee kehrten drei Initiativgruppen des ZK der KPD unter Leitung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka nach Deutschland zurück.[20] Sie unterstützten die sowjetische Armee bei der Einsetzung deutscher Verwaltungen und bereiteten den organisatorischen Neuaufbau der KPD vor.

Nachdem die sowjetische Führung die deutschen KP-Funktionäre intern über die bevorstehende Zulassung von Parteien informiert hatte, erarbeiteten diese Anfang Juni 1945 in Moskau Entwürfe für ein Grundsatzprogramm. Die KPD konnte dadurch unmittelbar nach Erlaß des Befehles Nr. 2 reagieren und bereits am 11. Juni 1945 ihren Gründungsaufruf publizieren. An der Spitze der KPD standen Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Anton Ackermann. In einem Aktionsprogramm erklärte die Parteiführung es für falsch, Deutschland das „Sowjet-Regime aufzuzwingen“, da dies nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspräche. Zunächst gehe es um die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848, um die „Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk“. Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangte die KPD die „Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“. Die KPD präsentierte sich damit zunächst ohne wesentliche Merkmale einer kommunistischen Partei. Hinter dem moderaten Programm verbarg sich das Konzept der KPD, aktiver Integrationsfaktor des wiederentstehenden deutschen Parteiensystems zu werden.[21] In der KPD-Führung rechnete man damit, daß das Programm auf Widerstand in den eigenen Reihen stoßen würde. In

18 So STARITZ/SUCKUT S. 436.
19 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 265.
20 Vgl. LEONHARD: Die Revolution S. 296 ff. Vgl. FISCHER: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 146–158. Vgl. KEIDERLING: „Gruppe Ulbricht“.
21 Vgl. MÜLLER, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands S. 445.

der Partei standen sich vor allem zwei Richtungen gegenüber: die aus Moskau heimkehrenden Reste des alten Zentralkomitees, die die stalinistischen Säuberungen überlebt hatten und fest auf die Linie der KPdSU eingeschworen waren, und auf der anderen Seite Kommunisten, die teils aus Zuchthäusern, Konzentrationslagern, der Illegalität oder dem westlichen Exil kommend weder den Führungsanspruch noch die Taktik der Moskauer Gruppen akzeptierten. Ihnen gegenüber setzte allmählich die KPD-Führung mit Hilfe der SMAD ihren Führungsanspruch durch.[22] Den ersten Schritt dazu bildete die Festlegung auf die am 4. Juni 1945 in Moskau formulierten und beschlossenen Programmpunkte. Zur Durchsetzung ihrer Linie setzten die Moskauer Exulanten außerdem ein Organisationsprinzip durch, das einen Weisungsfluß vom Politbüro bis an die Basis nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ gestattete. Nur so konnte die KPD die ihr von der Besatzungsmacht gestellte Aufgabe erfüllen, als verlängerter Arm der sowjetischen Führung in Deutschland zu fungieren. Die Initiativgruppen lösten schrittweise die spontan entstandenen „Antifa-Ausschüsse“ und örtlichen Parteiinitiativen zur Bildung der KPD auf, die sich oft an der Politik der KPD vor 1933 orientierten und z. B. lokale „Sowjetrepubliken“ oder die „Diktatur des Proletariats“ ausriefen.[23]

Nicht nur in der KPD, sondern auch in der Öffentlichkeit warf das moderate Programm die Frage auf, ob die KPD-Führung ausschließlich taktisch handelte oder ob sich das Verhältnis der KPD zur parlamentarischen Demokratie gegenüber der Zeit vor 1933 tatsächlich „grundlegend verändert“[24] hatte. In der KPD-Führung war man sich über den taktischen Charakter des eigenen Vorgehens im klaren. Intern gab Ulbricht die Parole aus: „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Nach außen wies die KPD Vermutungen empört zurück, sie werde sich nicht an die demokratischen Regeln halten.[25]

SPD: Parallel zur KPD bildete sich als zweite marxistische Partei die SPD. Nach Kriegsende trafen sich zunächst illegal Gruppen von SPD-Funktionären, um den Wiederaufbau des Landes und der Partei zu diskutieren. Unter den Sozialdemokraten gab es unterschiedliche Vorstellungen über die künftige organisatorische Form der Sozialdemokratie. So trat Karl Germer, der in Kontakt mit Jakob Kaiser stand, zunächst für eine breite reformerische Arbeiterpartei anstelle der wiedergegründeten SPD ein.[26] In Thüringen konstituierte sich im Mai 1945 unter Leitung von Hermann Brill ein „Bund demokratischer Sozialisten“, der sich erst im Juli 1945 zum Thüringer Bezirksverband der SPD umbildete. Die Vorarbeiten zur Parteigründung erfolgten vor allem in

22 Vgl. STARITZ: Die Gründung der DDR S. 80 f.
23 Vgl. EBD. S. 78 f. Vgl. CREUZBERGER: „Antifaschistisch-demokratische“ Anfänge.
24 So MÜLLER, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands S. 440.
25 Vgl. HERMES: Die Christlich-Demokratische Union S. 14.
26 Vgl. MÜLLER, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. 463.

den ehemaligen SPD-Hochburgen und wurden von Funktionären getragen, die vor 1933 der Parteiführung auf Bezirksebene, den freien Gewerkschaften oder den Jugendorganisationen der SPD angehört hatten. Die SPD-Emigranten blieben beim Parteiaufbau fast ohne Einfluß. Ebenso blieben die politischen Konzepte und Planungen des SPD-Exils ohne nennenswerte Wirkung auf die SPD-Gründung in der SBZ und in Berlin. Nur wenige Mitglieder der alten Führungsmannschaft hatten später wieder exponierte Stellungen in der Partei inne.

In Berlin bildeten sich nach Kriegsende um Otto Grotewohl, Erich W. Gniffke, Karl Germer, Gustav Dahrendorf und Max Fechner drei Gruppierungen, die sich bald auf eine Wiedergründung der SPD verständigten. Diese drei Gruppen konstituierten sich zum Zentralausschuß (ZA) der SPD.[27]

Im Gegensatz zur Schumacher-Gruppe in Hannover oder zum Londoner Exil-Vorstand der SPD orientierten sie sich am „Prager Manifest“ der Exil-SPD von 1934 und forderten eine Rückbesinnung auf den revolutionären Marxismus und die politische Einheit mit den Kommunisten.[28] Im „Prager Manifest“ hatte es geheißen, die Einigung der Arbeiterklasse werde zum „Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt“[29]. Dementsprechend wurde in der SPD eine Kooperation mit der KPD für selbstverständlich gehalten. Bestrebungen, über eine Kooperation hinaus zu einem Zusammenschluß mit der KPD zu kommen, gab es vor allem in Berlin, Dresden und Görlitz. An einigen Orten lebten jedoch auch die alten Animositäten zwischen SPD und KPD wieder auf, so in den zunächst westlich besetzten Städten Leipzig, Halle und Magdeburg, aber auch in Rostock.

Gemessen an ihren politischen Forderungen und ihrer Terminologie trat die SPD im Vergleich zur KPD als die radikalere Arbeiterpartei auf. Das Gründungsprogramm proklamierte „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“. Gefordert wurde die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes sowie die Verstaatlichung von Bodenschätzen, Bergwerken, Banken und Versicherungen. Der ZA der SPD erklärte außerdem, Ziel der SPD sei keine Vermittlung zwischen Ost und West, sondern die langfristige Orientierung der SPD auf eine wirtschaftliche und politische Entwicklung nach Osten.

CDU: Als dritte Partei trat am 26. Juni 1945 die CDU mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit.[30] Mit der CDU bildete sich eine Partei, die es vor 1933 nicht gegeben hatte. Die überwiegende Mehrheit der Initiatoren hatte

27 Vgl. GNIFFKE: Jahre mit Ulbricht S. 22 f.
28 Vgl. STARITZ: Die Gründung der DDR S. 82.
29 „Neuer Vorwärts“ vom 28. Januar 1934.
30 Vgl. FISCHER: 1945: Die Anfänge der CDUD. Vgl. RICHTER: Die Entstehung der CDUD S. 12–36.

während des „Dritten Reiches“ unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung angehört.[31] Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs gehörten u. a. Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Heinrich Krone, Ferdinand Friedensburg, Theodor Steltzer und Otto Nuschke. Ziel der Gründer, die aus den Christlichen Gewerkschaften, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, aus der Volkskonservativen Vereinigung, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, dem Zentrum, den Liberalen Demokraten, der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Deutschen Staatspartei kamen, war es, die konfessionelle Spaltung der Parteienlandschaft zu überwinden. Entsprechend breit waren die ersten Programmentwürfe der Partei angelegt, in denen sich die CDU zu einer christlichen, demokratischen und sozialen Politik bekannte, die u. a. die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Schlüsselindustrien vorsah. Die sowjetischen und deutschen Kommunisten hatten mit der Wiedergründung des Zentrums gerechnet, das wegen seiner katholischen Ausrichtung in den eher protestantisch geprägten Ländern und Provinzen der SBZ wenig Einfluß gehabt hätte. Stattdessen trat eine Volkspartei mit dem Anspruch auf aktive Mitgestaltung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an die Öffentlichkeit. Die SMAD akzeptierte zwar die konfessionsübergreifende Gründung, stand der CDU allerdings skeptisch gegenüber. Erst mit zweiwöchiger Verspätung erteilte sie die Lizenz, nachdem der erste Vorsitzende der CDU, Andreas Hermes, zugesagt hatte, in der „Einheitsfront“ mitzuarbeiten.

Bei Sondierungsgesprächen noch vor der Parteigründung hatte sich gezeigt, daß die von Jakob Kaiser favorisierte Idee einer „Partei der Arbeit“ bzw. eines „Christlichen Volksblocks“ unter Einbeziehung der Sozialdemokraten nicht durchsetzbar war.[32] Nicht nur die SMAD wandte sich gegen das Konzept, auch in Gewerkschaftskreisen und in der Sozialdemokratie gab es wenig Neigungen zur Bildung einer großen Linkspartei im Sinne Kaisers. Auch durch die marxistische Ausrichtung der SPD und ihr Drängen zur Zusammenarbeit mit der KPD war die Idee nicht realisierbar. Neben Versuchen zur Bildung einer umfassenden Linkspartei wurden auch alle Versuche, die bürgerlichen Kräfte in einer einheitlichen Partei zu organisieren, von der SMAD unterbunden. Ein Versuch von Hermes, die Gründer der DDP von der Bildung einer einheitlichen „Union“ zu überzeugen, wurden von der SMAD abgeblockt.[33] Allerdings fanden wegen des Niedergangs der liberalen Parteien am Ende der Weimarer Republik viele ehemalige Mitglieder der DDP zur CDU.

LDP/DDP: Wie die CDU-Gründer die Chance ergriffen, die konfessionelle Selbstbegrenzung der Parteien zu verhindern, so sahen auch viele Liberale nach dem Krieg die Möglichkeit, durch eine einheitliche Partei die Zersplitterung des liberalen Lagers zu überwinden, um so zu einer maßgeblichen

31 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 516.
32 Vgl. SUCKUT: Christlich-Demokratische Union Deutschlands S. 516.
33 Vgl. CONZE: Jakob Kaiser S. 24. Vgl. LEONHARD: Die Revolution S. 332.

politischen Kraft zu werden. Dabei kam es der LDP zugute, daß durch die Zulassungspraxis der SMAD in der SBZ und in Berlin nicht mit einer weiteren liberalen Partei zu rechnen war. Wie bei der CDU wurde das Ziel einer Sammelpartei durch das Kalkül der SMAD gefördert, über starke Parteien in Berlin Einfluß auf die gesamtdeutsche Parteienlandschaft zu gewinnen. Dem Willen zur Gründung einer Partei stand allerdings die Resignation prominenter Liberaler entgegen, die sich wie Walter Schreiber, Ernst Lemmer oder Otto Nuschke der CDU anschlossen, weil sie im Liberalismus keine ausreichende Grundlage mehr für eine Parteibildung sahen.[34]

Sechs Tage nach dem Befehl Nr. 2 konstituierte sich in Anwesenheit von Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Gustav Noske, Waldemar Koch und anderen zunächst der Hauptausschuß einer neuen „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP). Koch wurde zum ersten und Külz zum zweiten Parteivorsitzenden gewählt und eine Satzung verabschiedet. Gespräche über ein Aufgehen der Liberalen in der CDU verliefen erfolglos, weil die SMAD grundsätzliche Bedenken gegen die Schaffung einer einheitlichen bürgerlichen Partei hatte und Schreiber an der Parteibezeichnung „christlich“ für die Union festhielt.

Am 30. Juni 1945 beschloß der DDP-Hauptausschuß, organisatorisch unabhängig zu bleiben und konstituierte sich am 5. Juli 1945 als Reichsparteileitung einer „Liberal-Demokratischen Partei“.[35] Unabhängig von der Berliner Gruppe hatten sich auch in mehreren Orten der SBZ liberale Parteigruppen gebildet, u. a. eine „Demokratische Partei Deutschlands“ in Dresden, eine „Radikaldemokratische Partei“ in Gotha und eine „Deutsche Demokratische Fortschrittspartei“ in Chemnitz. Diese Gruppen schlossen sich auf Anweisung der SMAD der LDP an.[36]

In ihrem Gründungsaufruf forderten die Liberalen u. a. den Erhalt des Privateigentums und der freien Wirtschaft, die Zulassung von Arbeitgeberorganisationen, eine Trennung von Staat und Kirche, die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Demokratisierung von Schulen und Hochschulen sowie Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz.[37] Damit stand die LDP sowohl in der Tradition der sozial-liberalen als auch der national-liberalen Bewegungen aus der Zeit vor dem „Dritten Reich“ und präsentierte sich programmatisch eher als „Rechtspartei“[38]. Auch bei der SMAD stand sie mehr als die CDU im Verdacht, „reaktionäre“ bürgerliche Strömungen zu repräsentieren. Entsprechend groß war der Druck, den die Besatzungsmacht auf die Partei ausübte. Die Folge war, daß schon kurze Zeit nach der Gründung wenig vom eigentlichen liberalen Profil übrigblieb.

34 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 35.
35 Vgl. DÄHN: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 546.
36 Vgl. EBD. S. 545–547.
37 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 69.
38 STARITZ: Die Gründung der DDR S. 94. Vgl. KOCH, Manfred: Parteien S. 61.

1.3. *„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“*

Bereits im Januar 1944 hatte die Führung der KPD im Moskauer Exil aus taktischen Erwägungen beschlossen, nach dem Krieg alle Parteien in einem „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ zu vereinigen.[39] Dabei war die KPD von Anfang an nicht gewillt, die anderen Parteien als gleichberechtigte Konkurrenten um die Macht anzuerkennen. Die Blockpolitik war „Camouflage“[40]. Sie diente allein der Beeinflussung des Parteiensystems und der Durchsetzung kommunistischer Interessen.

Nach dem sowjetischen Einmarsch gingen die Initiativgruppen der KPD mit sowjetischer Unterstützung an die Umsetzung ihres Konzeptes. Zunächst wurden überall im Lande „Antifa-Blocks“, meist aus Kommunisten und Sozialdemokraten, gebildet. Die SMAD und KPD-Führung sah in der Bildung einer „Einheitsfront“ mit den Sozialdemokraten die Grundlage für eine umfassendere Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Block als der zentralen „Volksfrontorganisation“. Durch ihre enge Zusammenarbeit sollten KPD und SPD ihre Dominanz im Block sichern und die SPD von einer Hinwendung zu den bürgerlichen Kräften abgehalten werden.[41]

Auch die Praxis bei der Zulassung der Parteien durch die SMAD folgte im wesentlichen den bündnispolitischen Erwägungen der Kommunisten.[42] Nachdem Grotewohl die Bereitschaft zur Mitarbeit der SPD in der Einheitsfront erklärt hatte, drängten SPD und KPD die bürgerlichen Parteien gemeinsam zur Zusammenarbeit im Block. Das trug erheblich dazu bei, die Blockpolitik gegenüber CDU und LDP durchzusetzen.[43]

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weimarer Republik waren die Gründer von CDU und LDP bereit, sich dem von den Sowjets angeordneten Block anzuschließen. Sie hofften auf diese Weise, der Bevorzugung der KPD durch die Sowjets zu begegnen und Einfluß auf die Politik zu gewinnen.[44] Dabei bedeutete ihre Entscheidung für die Blockpolitik keinen Verzicht auf ein nach demokratischen Grundsätzen arbeitendes Parlament und eine daraus gewählte deutsche Regierung. Sie sahen im Block eher eine Art nationaler Notstandskoalition,[45] die ihre Aufgaben nur vorübergehend, bis zur Bildung

39 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 86 u. S. 103–108.

40 WILKE: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 S. 254 f. Nach KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 83 darf der Zusammenschluß im Block 1945 nicht von vornherein als „kommunistisches Betrugsmanöver“ abgetan werden. Der Block bot demnach „für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik“. Auch KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem S. 15 meinen, daß die Blockpolitik zumindest im Ansatz für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik bot.

41 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

42 Vgl. STARITZ/SUCKUT S. 435.

43 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

44 So auch SUCKUT: Blockpolitik S. 21.

45 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.

einer aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung zu erfüllen hatte. Vor diesem Hintergrund entwickelten die führenden CDU-Politiker ein eigenes Verständnis, wonach Blockpolitik eine auf Gleichberechtigung und Toleranz gegründete Arbeits- und Ausgleichsgemeinschaft war, in der keine Partei eine führende Rolle innehaben durfte. Blockpolitik war demnach eine der möglichen Formen loyaler Zusammenarbeit von Parteien unter außerordentlichen Umständen, durch die keine Partei ihre programmatische Unabhängigkeit und Oppositionsmöglichkeit verlor.[46] Ähnlich war die Sicht in der LDP. Johannes Dieckmann erklärte, Blockpolitik bedeute die „Absage an ein politisch-parlamentarisches System formalistisch-demokratischen Denkens, dessen Grundformeln die Begriffe Koalition und Opposition waren". Die Blockpolitik erlaube es keiner Partei, „die aufbauwilligen fortschrittlichen Kräfte anderer Parteien aus der Mitverantwortung auszuschließen und eine Alleinherrschaft auszuüben". Sie gestatte es aber auch keiner Partei, sich aus der Verantwortung herauszuhalten.[47] In beiden bürgerlichen Parteien wurde das Blocksystem damit im Sinne des klassischen politischen Konkordanzsystems interpretiert, in dem nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Prinzip des gütlichen Einvernehmens verfahren wird, um zu Entscheidungen zu gelangen.

Die Einwilligung aller Parteigründer zur Mitarbeit im Block hing aber in erster Linie damit zusammen, daß die Lizenzierung der Parteien von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit abhing. Kurz nach Kriegsende gab es ohnehin kaum Alternativen, als derartige Vorgaben der Besatzungsmacht vorbehaltlos zu akzeptieren. Die Entscheidung fiel jedoch leicht, weil die geforderte Form der Zusammenarbeit den ohnehin vorhandenen Überzeugungen entsprach, daß im zerstörten Deutschland eine parteiübergreifende Kooperation notwendig sei. Außerdem spielten Erfahrungen aus der Weimarer Republik eine Rolle, in der die Zerrissenheit der Parteienlandschaft das Emporkommen der NS-Bewegung gefördert hatte. Trotz des auch in den Westzonen vorhandenen Willens zur Beseitigung der Folgen der NS-Diktatur fällt auf, daß hier keine Block-Ausschüsse entstanden. Die Vorgaben der Besatzungsmächte wurden in allen Zonen von den deutschen Akteuren akzeptiert. CDU und LDP hätten von sich aus eine Block-Kooperation nicht vorgeschlagen. Die Parteien wurden, da von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit ihre Lizenzierung abhing, praktisch in den Block hineingegründet,[48] der damit die „conditio sine qua non der neuen Parteienbetätigung" war.[49] Schon im Mai und Juni 1945 übte die SMAD massiven politischen Druck aus, um die sich bildenden Parteien CDU und LDP auf eine Mitarbeit festzulegen.[50] Dabei bot der „Antifaschismus" als Grundlage

46 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 69–71.
47 „Sächsisches Tageblatt" vom 12. Juni 1947.
48 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84.
49 EBD. S. 22.
50 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 271.

des Blocks „schon ideologisch keine Möglichkeit des Nicht-Mitmachens“[51]. In den Block hineingegründet wurden die Parteien jedoch nur auf Zonenebene. Der Block-Ausschuß der preußischen Provinz Brandenburg konstituierte sich z. B. erst am 22. November 1945, lange nach den Parteigründungen.[52] Allerdings ging die SMAD davon aus, daß die Entscheidungen an der Spitze peu à peu für die gesamten nachgeordneten Strukturen maßgeblich sein würden.

Am 14. Juli 1945 schlossen sich die vier Parteien „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ im Block, der praktisch unkündbaren „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, zusammen. Als gemeinsame inhaltliche Ziele wurden vor allem die Entnazifizierung, der wirtschaftliche Wiederaufbau, Rechtsstaatlichkeit, Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht und die Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung angegeben. Beschlossen wurde die Bildung eines Ausschusses, der regelmäßig und unter wechselndem Vorsitz tagen sollte. Den Parteiorganisationen auf Landes-, Kreis- und Ortsebene wurde der Zusammenschluß zu entsprechenden Organisationen empfohlen. Blockausschüsse bildeten sich in Folge auf allen Ebenen der Verwaltung. Neben dem zentralen Block in Berlin entstanden Landes-, Kreis- und kommunale Blocks. Wenngleich es keine formale Hierarchie der Ebenen gab, galten Blockbeschlüsse der höheren Ebenen in der Regel als verbindlich.

Auf der konstituierenden Sitzung gelang es den CDU-Vertretern, die Selbständigkeit aller Parteien im Gründungsdokument zu verankern. Nach dem vereinbarten Einstimmigkeitsprinzip hatte zwar jede Partei ein Vetorecht, tatsächlich aber bestimmte die KPD, deren Politik sich mit der sowjetischen Besatzungspolitik deckte, maßgeblich die Entwicklung. Es zeigte sich schnell, daß der Bewegungsspielraum der anderen Parteien durch das Einstimmigkeitsprinzip erheblich eingeengt war. Innerhalb des Blocks waren Koalitionsbildungen gegen die KPD nicht möglich. Die KPD hingegen konnte mit ihrem Veto nach Belieben alle Vorstöße der anderen Parteien stoppen und ihre Anträge notfalls per Befehl von der SMAD durchsetzen lassen. Auch für die Sozialdemokraten wurde der Block schnell zum Bumerang, als sich herausstellte, daß er nur ein Mittel der KPD war, die verbündeten Parteien stillzuhalten und die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren.[53] Spätestens die Auseinandersetzungen um

51 KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84. Angesichts des Zwanges der Mitarbeit im Block kann allerdings nicht davon gesprochen werden, daß die bürgerlichen Politiker diesem „freiwillig und ohne ernste Bedenken“ beigetreten seien. So EBD.

52 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 596.

53 Vgl. GEYER: Einheitsfrontpolitik S. 33 f.

die Bodenreform zeigten die „antipluralistische Tendenz und instrumentelle Handhabung des Blocksystems durch die Kommunisten“[54].

Der Block erlebte eine erste Belastungsprobe, als die SMAD im Spätsommer 1945 eine radikale Bodenreform einleitete und aus Legitimationsgründen die Unterstützung durch die Parteien forderte. Nachdem der Vorsitzende der LDP, Waldemar Koch, den von der KPD am 22. November 1945 im Zentralen Block vorgelegten Entschließungsantrag „Helft den Neubauern“ zurückwies, wurde er am 29. November 1945 auf Drängen der SMAD durch Wilhelm Külz ersetzt. Er war bereit, den Aufruf zu unterzeichnen. Wenig später verweigerte die CDU als einzige Partei ihre Zustimmung zur entschädigungslosen Enteignung und verhinderte erneut einen Blockbeschluß zur Neubauernhilfe. Die Weigerung kam einer Spaltung der Einheitsfront gleich und wurde von der Besatzungsmacht nicht akzeptiert. Die SMAD machte deutlich, daß es für die Parteien kaum Möglichkeiten für oppositionelles Verhalten gab. Am 19. Dezember 1945 setzte sie die CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber mit der Begründung ab, sie besäßen nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder. Damit wurde deutlich, daß das Einstimmigkeitsprinzip und der gesamte Block nur der Durchsetzung der Besatzungspolitik diente. Auch die veröffentlichten Protokolle des zentralen Block-Ausschusses zeigen, daß es der SMAD nur darum ging, den zunächst noch ausschließlich von der Militärregierung getroffenen gesellschaftspolitischen Schlüsselentscheidungen eine breitere Legitimation zu verschaffen und die Veränderungen nicht als rein besatzungspolitisch-administrative Maßnahmen erscheinen zu lassen.[55] Der SMAD als alleiniger Machtinhaberin stand es völlig frei, welche Entscheidungen sie per Befehl durchsetzte und welche sie formal vom Block, von den Parlamenten und Verwaltungen tragen ließ.

2. *Die Entwicklung des Parteiensystems in der Zeit der beginnenden Ost-West-Konfrontation 1946–1948*

2.1. *Gründung der SED und illegale Weiterarbeit der SPD*

Nach ihrer Gründung war es zunächst die SPD, die auf eine Fusion mit der KPD drängte. In allen Zonen war unter Kommunisten und Sozialdemokraten das Bestreben stark, eine einheitliche Partei zu bilden. Lokale Parteiorganisationen von KPD und SPD schlossen sich auf örtlicher, aber auch auf der Ebene der Bezirksvorstände bzw. Landes- und Provinzialleitungen zu Tausenden Arbeits- und Aktionsausschüsse zusammen.[56]

54 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.
55 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 598.
56 Vgl. KRUSCH: Arbeiterbewegung S. 60–62.